

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Serbien

Neu mit Kampfdrohnen

Nun erhielt Serbien die ersten chinesischen CH-92A Kampfdrohnen. Damit verfügt der Balkanstaat als erstes Land in der Region über die Fähigkeit, unbemannte Flugzeuge bewaffnet über einen Kampfradius von mehr als 250 Kilometer einzusetzen. Bei einer Spannweite von etwa 10 Metern beträgt die Dienstgipfelhöhe 5000 Meter, die Geschwindigkeit liegt dabei leicht unter 200 km/h. Dafür landete am 4. Juli auf der Airbase Batajnica ein chinesisches Frachtflugzeug, das gemäss lokalen Berichten zwei Systeme lieferte, insgesamt also 6 Drohnen. Ursprünglich hätte Serbien 9 Stück erhalten sollen, mit der Option eines Folgeauftrags für



Serbische Kampfdrohnen.

Bild: Serbisches Verteidigungsministerium

weitere 15. Bereits letztes Jahr eröffnete Verteidigungsminister Vulin den Kaufentscheid damit, dass sein Land der-einst über neue und einzigartige Möglichkeiten verfügen wird. Das bewaffnete Drohnensystem CH-92A ist denn auch ein multifunktionales System, mit dem ein breites Aufgabenspektrum erfüllt werden

kann. Dazu zählen Luftaufklärung, Zielzuweisung (mittels Laser), Zielverfolgung, Battle Damage Assessment, Artilleriefuehrleitung und Luftbodenangriffe. Serbien ist damit das erste Land in Europa, das chinesische Rüstungsgüter in diesem Ausmass erhält. Für Peking ein voller Erfolg, der auch im Zusammenhang mit der

«Belt and Road»-Kampagne betrachtet werden muss. Chinesische Direktinvestitionen in Serbien führten zu extrem viel Goodwill bei der lokalen Bevölkerung, wenngleich der Nutzen für China bescheiden ist. Insofern kann in Belgrad gut davon profitiert werden, dass das strukturschwache Land nun schnellstmöglich seine Strassen, die Eisenbahn und Donauhäfen auf Vordermann bringen kann. Sicherheitspolitisch hingegen haben die Kampfdrohnen die Aufmerksamkeit der NATO auf sich gezogen, dort verfolgt man nicht nur die lokale Ausrüstung, sondern auch die chinesische Beteiligung an respektive das Einmischen in die regionale Sicherheitsarchitektur mit Spannung.

Türkei

Keine F-35

Nun ist es endgültig. Sechs F-35-Kampffjets, eigens für die Türkei produziert, wurden der US Air Force übergeben. Diese darf laut dem National Defence Authorisation Act (NDAA) die neuen Flugzeuge betreiben, modifizieren und nach Belieben einsetzen. Deshalb, weil die Türkei infolge der Inbetriebnahme seines (russischen) S-400-Bodenluftverteidigungssystem nun vom F-35-Programm ausgeschlossen wurde. Ob Ankara den bereits bezahlten Vorschuss von 1,5 Milliarden US-Dollar zurückerstattet erhält, regelt der NDAA nicht. Die Türkei indes beharrt darauf und argumentiert, dass die Flugzeuge nicht termingemäss geliefert wurden. Möglicherweise könnte nun die NATO Air-

base Incirlik für US-amerikanische Truppenverschiebungen und -stationierungen gesperrt werden. Präsident Erdogan wäre dies zuzutrauen,



Die Türkei bleibt draussen.

Bild: Anadolu

seit Längerem spricht er von «Raub», den die USA an der Türkei verübt. Der Präsident der türkischen Verteidigungsindustrie, Ismail Demir meinte zu dieser verfahrenen Situation im Mai lediglich: «Unsere Industrie setzt selbstverständlich die Produktion der durch die Türkei gefertigten F-35-Teile fort und wird diese stets fristgerecht in die USA liefern.»

Iran

«Heisser» Juni

Zuerst brannten die Wiesen, später dann Atomanlagen. Von Mitte Mai bis anfangs Juli entfachten sich in der islamischen Republik Iran zahlreiche Feuer. Behörden und Bevölkerung zeigten sich gleichermaßen besorgt. Brandstifter steckten Mitte Juni in Hamadan, nur wenige Wochen nachdem in der gleichen Region der Schrein der Esther und des Mordechai Feuer fing, die Marienkirche an. Gleichzeitig brannte in Teheran der Blumenmarkt in der Khavaran Strasse beinahe nieder, glücklicherweise ohne Personenschäden. Mehrere Wald- und Flurbrände sowie Brände an historischen Orten und Industriepärken in der Hauptstadt hielten die Feuerwehr auf Trab. Über die Gründe wird weithin nur gerätselt. Klar, die hohen Temperaturen sind für die Jahreszeit typisch und es ist entsprechend trocken. Auch dürften sich nach den massi-

ven Covid-19-Ausbrüchen der letzten Monate einige Streitigkeiten unter Landwirten regelrecht zu Flurbränden entfacht haben. Das Ausmass verblüfft Teherans Beamte aber dennoch, gründliche Untersuchungen wurden angeordnet. Somayeh Rafiee, die Vorsitzende der parlamentarischen Umweltkommission glaubt denn auch, dass die jüngsten Brände in Teherans Parks bewusste Sabotage sind. «Die Brandstifter haben diese Feuer absichtlich gelegt. Sie wollen Unsicherheit schaffen, den öffentlichen Frieden stören und Verwüstung verursachen», argumentiert auch der Teheraner Stadtrat. Der Regierungssprecher der Islamischen Republik erklärte zudem, dass etwa zehn Prozent der Brände bewusst gelegt worden seien. 150 Personen wurden im Zusammenhang damit bereits verhaftet. Der stellvertretende Gouverneur der Provinz Teheran für Sicherheit und Ordnung, Hamid Reza Goudarzi, meinte am

9. Juni: «Vier verheerende Feuer in unserer Hauptstadt wurden vorsätzlich gelegt. Wir haben eine Reihe Verdächtiger verhaftet und werden diese verhören.» Spätestens nachdem dann auch anfangs Juli in der unterirdischen Atomanreicherungsanlage Natanz laut den Behörden ein Feuer ausbrach, erhielt das Thema höchste Priorität, sowohl bei den Klerikern als auch im Kabinett des Präsidenten. Sofort eilten Behrouz Kamalvandi, Sprecher der Atomenergiebehörde und der Leiter selbiger, Ali Akbar Salehi nach Natanz. Beide bestärkten sich gegenseitig und bekundeten, dass es sich lediglich um einen sich im Bau befindenden «Werkschuppen» handelte, der Feuer fing. Allein Satellitenbilder der US-Amerikanischen National Oceanic and Atmospheric Administration

legten nahe, dass das Feuer auch aus dem All erkannt werden konnte. Ein später von Kamalvandi veröffentlichtes Foto zeigt denn auch ein Gebäude, dessen Dach offenbar weggesprengt wurde. Weiterum verteilte Trümmer und aus den Angeln gehobene Türen und Fenster werfen wei-

tere Fragen auf. Offenbar sei kein radioaktives Material aus der unterirdischen Anlage, die sich unter etwa sieben Meter Stahlbeton verbirgt, entwichen. Laut Expertenberichten wurde aber die Zentrifugen-Montageanlage beschädigt. Eine Explosion oder ein Sabotageakt scheint naheliegend. Besonders weil er der Dritte

dieser Art innerhalb von nur einer Woche im Land wäre und sogar der zweite der direkt eine Nuklear- oder Waffenanlage betrifft. Am 25. Juni führte eine massive Explosion – die noch kilometerweit entfernt aus Teheran beobachtet wurde – dazu, dass grosse Teile des Raketenkomplexes in Khojir abbrannten. Am 30. Juni kam es in Teheran zu einem Brand in einem medizinischen Zentrum, bei dem mindestens 18 Menschen ums Leben kamen. Allen Ereignissen gemeinsam ist, dass gemäss den Behörden und Vertretern des Sicherheitsapparates in Teheran die Ursachen bekannt sind. Aus taktischen Überlegungen würde aber darauf verzichtet, die genauen Gründe öffentlich bekannt zu machen.



Einmal mehr getroffen? Atomanreicherungsanlage in Natanz.

Japan

Sicherheitspolitik im Rampenlicht

Regierungschef Abe wolle die Verfassung ändern: Zwar soll sich das Land weiterhin auf die Verteidigung fokussieren. Doch der Begriff der Verteidigung sollte ausgedehnt werden. Die militärische Ausschaltung gegnerischer Angriffssysteme soll neu als Verteidigung gelten. Eine Debatte ergreift das Land.

Bisher hat Japans Regierung den pazifistischen Artikel 9 der Verfassung so interpretiert, dass die Selbstverteidigungskräfte nur Japan im Angriffsfall verteidigen können. Ein Angriff auf feindliche Basen vor dem Abschuss von Raketen stand offiziell den Generälen nicht zur Verfügung. Stattdessen setzte das Land auf den Ausbau seiner schon veritablen Raketenabwehr.

Bisher verfügt das Land über sechs Kriegsschiffe, die mit dem Aegis-System Raketen in der Startphase erkennen und abschiessen können.

An Land sollen Patriot-Raketen dann Sprengköpfe zerstören, die durchs erste Netz geschlüpft sind. Nun sollte das landgestützte System «Aegis Ashore» von den USA gekauft und an zwei Standorten stationiert werden, um den Schutz zu verbessern. Doch eine erneute Kehrtwende machte Japan, als der Verteidigungsminister Taro Kono das «Aegis Ashore»-Projekt stoppte.

Nicht nur die gegenwärtige Verteidigungsstrategie beruhe auf «Aegis Ashore», sondern auch der mittelfristige Verteidigungsplan, der bis 2023 die Richtung vorgeben sollte, tut es. Aber die Regierung will das Programm nicht ersatzlos streichen. Denn die Sicherheitslage in Asien spitzt sich zu, wie gerade Grenzscharmützel zwischen China und Indien zeigen. Das Fazit von Verteidigungsminister Kono verdeutlicht Japans Sorgen nach Jahrzehnten chinesischer Hochrüstung: «Offensichtlich versucht China, einseitig den Status quo im südchinesischen

Meer und an der indischen Grenze zu ändern.»

Das stärkt auch Japans Bedrohungsgefühl, da China immer aggressiver Anspruch auf die von Japan kontrollierten Senkaku-Inseln erhebt. Fast täglich stören Japans Luftstreitkräfte und Küstenwache Vorstösse chinesischer Flugzeuge und Schiffe in die Region. Ausserdem umkreisen chinesische U-Boote immer unweit der Territorialgewässer das Inselreich.

Noch ist offen, ob Abe diesen Kurswechsel durchsetzen kann. Das Land leistet sich zwar eine der modernsten Kriegsflotten der Welt und hat sich Hubschrauberträger angeschafft, die nun zu kleinen Flugzeugträgern umgerüstet werden sollen.

Aber zum einen ist Bevölkerung noch nicht von der Notwendigkeit einer stärkeren Aufrüstung überzeugt. Zum anderen fehlen dem hochverschuldeten Land die finanziellen Mittel, den Rüstungshaushalt rasant zu erhöhen.

Australien

Aufstockung des Militärbudgets

Australien wird sein Militärbudget in den kommenden Jahren drastisch erhöhen und die Streitkräfte sowohl qualitativ als auch zahlenmässig ausbauen – das kündigte der liberalkonservative Regierungschef Scott Morrison an. Dabei gehe es laut Morrison um eine Ausgabensteigerung von nicht weniger als 40 Prozent über die nächsten zehn Jahre im Vergleich zur bisherigen Planung, wobei ein Brennpunkt die Beschaffung von Langstreckenwaffen für Einsätze in der Region Indischer Ozean, Südostasien und Westpazifik sei.

In der aktuellen Periode 2019/20 beträgt das Militärbudget des kontinentgrossen Landes mit seinen 25 Millionen Einwohnern 38,7 Milliarden australische Dollar, umgerechnet fast 24 Milliarden Franken. Australien liegt damit auf Rang 13 der Liste der Staaten nach Militärausgaben, knapp

hinter Italien und vor Israel. Der Anteil dieser Ausgaben am Bruttoinlandprodukt beträgt 1,9 Prozent.

Gemäss Planung von 2016 sollten binnen zehn Jahren umgerechnet rund 120 Milliarden Franken ausgegeben werden. Nunmehr wird das auf etwa 165 Mrd. Franken über zehn Jahre erhöht.

Ein wesentliches Element soll die Beschaffung von um die 200 amerikanischen Langstrecken-Anti-Schiff-Marschflugkörpern Typ AGM-158C (LRASM) von Lockheed Martin sein. Diese im Radar un-

sichtbaren Flugkörper wurden erst 2018 in den USA eingeführt und können von Schiffen und Flugzeugen aus gestartet werden. Als Reichweite werden mehr als 400 Kilometer angegeben, einige Berichte nennen 500 bis 900 km. Das wäre eine enorme Steigerung im Vergleich zu den aktuellen «Harpoon»-Raketen der Australier (Reichweite um die 120 km, je nach Untertyp bis etwa 280).

Die Gelder werden ferner unter anderem in Systeme und Technologien zur U-Boot-Jagd fliessen, in neue U-Boote,

Wachboote, Kampfflugzeuge, weitreichende Drohnen für Aufklärungs- und Kampfeinsätze, Luftabwehr- und Artilleriesysteme, Boden-Boden-Raketen und Satelliten. Die Rede ist auch von Hyperschallwaffen. Die Gesamtstärke der aktiven Truppen, derzeit rund 60 000 Mann, soll um etwa 1000 erhöht werden.

Auch wenn Morrison das nicht aussprach, so ist China das Hauptmotiv der verstärkten Aufrüstung Australiens, des «Pfeilers» der westlichen Welt im Raum Südostasien/Südpazifik. «Wir wollen einen indo-

pazifischen Raum, der frei von Zwang und Hegemonie ist», so der Premier. «Wir wollen eine Region, wo alle Länder, Gross und Klein, frei miteinander umgehen können und dabei von internationalen Regeln geleitet werden.»

2018 hatte Canberra Peking schwer düpiert, indem der Huawei-Konzern von der Mitarbeit beim Aufbau des australischen 5G-Handynetzes ausgeschlossen wurde – aus Sicherheitsgründen, man befürchtete eine elektronische «Unterwanderung» desselben sowie weiterer elektronischer Infrastruktur durch China. Zuletzt wurde China durch Forderungen Canberas verärgert, wonach man die Quellen der Corona-Pandemie durch eine unabhängige Untersuchung im Land aufdecken solle. Vor Kurzem stoppte China Fleischimporte aus Australien und führte hohe Zölle auf diverse andere Importe von dort ein.



HMAS Canberra, Flaggschiff der australischen Flotte, in der Bucht von Sydney.

Bild: Royal Australian Navy

China

Bizarre PsyOps

Das von der Regierung unterhaltene «China Internet Information Center» setzt mitunter falsche und manchmal schlicht bizarre Meldungen ab. Einige vermuten eine gezielte Kampagne dahinter.

PsyOps sind «psychological operations». Ursprünglich kommt der Ausdruck aus dem Militärbereich und bezeichnet Methoden und Massnahmen zur Beeinflussung des Verhaltens und der Einstellungen von gegnerischen Streitkräften sowie fremder Zivilbevölkerungen. Dabei wird durch gezielte Falschinformation Einfluss auf die strategischen Erwägungen des Gegners genommen.

PsyOps-Methoden kann man auch geopolitisch einsetzen. Nicht wenige vermuten, dass das «China Internet Information Center» eine

solche Massnahme ist. Unklar ist hingegen, ob das Zentrum die Politik und Bevölkerung im Allgemeinen oder die chinesische Diaspora im Fokus hat.

So oder so häufen sich Falschmeldungen in jenem Zentrum. Ein Beispiel dafür ist die Berichterstattung über die Grenzspannungen zwischen Indien und China im Himalaya-Gebiet (ASMZ berichtete). Gemäss indischen Quellen sind im Juni dabei sogar um die 20 indische Soldaten von chinesischen Truppen getötet worden. Premierminister Modi reiste unangekündigt in die Region, um einen Augenschein zu nehmen.

Anfangs Juli berichtete die chinesische Webseite so: «Beijing und Neu-Delhi einigen sich im Grenzstreit.» Weitere Elemente dieser Berichterstattung sind etwa: «Recht und

Unrecht seien beim Zusammenstoss zwischen chinesischen und indischen Truppen im Galwan Tal klar voneinander zu unterscheiden.», «China werde seine territoriale Souveränität auch weiterhin schützen.» Beendet wird der Artikel so: «China hoffe, dass Indien davon absehen werde, Aktionen zu unternehmen, welche die Differenzen vertiefen und verkomplizieren würden und stattdessen gemeinsam mit China die bilateralen Beziehungen pflegte.»

In dieser Berichterstattung kommt keine indische Quelle zum Zug. Stattdessen werden alle obigen Zitate aus einem Communiqué des chinesischen Staatsrates und Ausenministers Wang Yi wörtlich übernommen. Pikant dabei: Am gleichen Tag, an dem das chinesische Informationszentrum die Einigung beju-

belt, erlässt die indische Regierung einen Ausschluss aller chinesischen Unternehmen aus Strassenbauprojekten – explizit als Antwort auf den Grenzstreit.

Ein anderes Beispiel für die Informationsführung: Anfangs Juli kündigte Grossbritannien an, sich gegenüber China neu zu positionieren. Prompt berichtet das chinesische Informationszentrum: «Will Grossbritannien einen neuen Opiumkrieg gegen China starten?» Und weiter: «Derzeit scheint London den Anordnungen aus den USA zu folgen und China als Bedrohung zu sehen. Doch das Land muss seinen eigenen Weg finden, wenn es nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden will.»

Auf eine Anfrage um Stellungnahme hat das «China Internet Information Center» nicht reagiert.

China / USA

In unmittelbarer Nähe zu einem chinesischen Manöver im Südchinesischen Meer hat auch die US-Marine Militärübungen durchgeführt. Die Regierung in Peking spricht von einer Machtdemonstration.

In Sichtweite zu chinesischen Kriegsschiffen haben zwei US-Flugzeugträger Manöver im Südchinesischen Meer absolviert. «Sie haben uns gesehen, und wir haben sie gesehen», sagte der Kommandant des Flugzeugträgers «Nimitz», Admiral James Kirk, der Nachrichtenagentur Reuters.

Die gemeinsamen Übungen mit dem Flugzeugträger «Ronald Reagan» und den auf den Kriegsschiffen stationierten Kampffjets haben am 4. Juli begonnen, dem US-Unabhängigkeitstag. Die US-Marine hatte schon in der Vergangenheit Träger in die Region verlegt, um dort ihre Macht zu demonstrieren. Es habe keine Zwischenfälle mit

den chinesischen Kriegsschiffen gegeben, sagte Kirk. Seit einigen Tagen hält die chinesische Marine bereits Militärübungen in dem Seegebiet ab.

Das US-Verteidigungsministerium erklärte, die Manöver



USS Nimitz.

Bild: Wikimedia

ver sendeten ein Zeichen der Entschlossenheit, das internationale Recht der freien Schiff- und Luftfahrt durchzusetzen.

China kritisierte die Entsendung der Flugzeugträger hingegen scharf. Aussenamtssprecher Zhao Lijian sprach von einer «Machtdemonstration mit Hintergedanken». Es sei

eine Provokation durch die USA und untergrabe Frieden und Stabilität in dem Seegebiet.

Auch fördere das Vorgehen die Militarisierung des Südchinesischen Meeres, sagte Zhao. Die chinesischen Manöver um die Paracel-Inseln hingegen seien nicht zu beanstanden, weil die Inselgruppe zu China gehöre. Obwohl die Inseln auch von Vietnam und Taiwan beansprucht werden, gab Zhao vor, dass es keinen

Streit darum gebe. Die Kritik der USA an Chinas Manövern ignoriere «völlig die Fakten».

Die USA werfen China vor, die Lage im Südchinesischen Meer mit seinen Übungen weiter zu destabilisieren. Das Seegebiet liegt zwischen China, Vietnam, Malaysia und den Philippinen. Peking be-

ansprucht 80 Prozent des rohstoffreichen Meeres, durch das wichtige Schifffahrtsstrassen führen.

Der Ständige Schiedsgerichtshof in Den Haag wies 2016 die Gebietsansprüche Chinas zurück. China ignoriert das Urteil aber. Das Land hat auf Atollen künstliche Inseln als Stützpunkte errichtet, bezeichnet seine Absichten aber als friedlich. Brunei, Malaysia, die Philippinen, Taiwan und Vietnam erheben eigene Ansprüche auf Teile des Seegebiets.

Die US-Manöver fallen in eine Zeit erhöhter Spannungen zwischen den USA und China wegen der Corona-Pandemie. Die Trump-Regierung macht Peking schwere Vorwürfe wegen des Umgangs mit dem Virus. Es gibt auch zahlreiche andere Streitpunkte zwischen den grössten Volkswirtschaften der Welt wie Handelsfragen oder Pekings Umgang mit Hongkong.

Russland

Abwehrprogramme auf Kurs?

Demnächst steht die Auslieferung von S-500 und Nudol, beides Systeme der neuesten Boden-Luft-Generation an. «Die S-500 kann als die erste Generation von Weltraum-Verteidigungssystemen eingestuft werden, da sie in Zukunft in der Lage sein wird, Satelliten in niedriger Umlaufbahn und Weltraumwaffen zu zerstören», so Sergei Surovkin, Chef der russischen Luft- und Raumfahrtkräfte. Bei der Truppe werden die ersten S-500 noch in diesem Jahr erwartet, ursprünglich rechnete man mit 2025. Ob der Vorsprung aufrechterhalten werden kann, ist derzeit fraglich. Das Projekt kämpft mit Reichweitenproblemen. Ziele

im Weltall können noch nicht wie erwartet vernichtet werden. Russland bekundet derzeit auch Mühe damit, über genügend Schiessplätze für diese neue Art von Waffen zu verfügen. Dabei geht es vor allem darum, die Raketenabwehr von möglichst vielen verschiedenen Standorten aus zu erproben. Die von Almaz Antey entworfene S-500 hat eine Reichweite von 600 Kilometern und kann gleichzeitig bis zu zehn ballistische und/oder Hyperschall-Raketen abfangen, bis zu einer Geschwindigkeit von 7 Kilometern pro Sekunde. Ziele werden bis in



Projektskizze von Nudol A-235. Bild: Almaz Antey

einer Höhe von 200 Kilometern bekämpft. Zudem befindet sich das A-235 PL-19 Nudol ASAT Projekt, eine so genannte «Direct Ascent Anti Satellite»-Waffe weiterhin in der Entwicklungsphase. Seit 2014 wird das System erprobt. Der Hauptzweck soll dereinst der Schutz von grösseren Städ-

ten und Industriegebieten vor ballistischen Angriffen, auch mittels Hyperschallwaffen aus/via dem Weltraum, sein. Es kann auf Ziele im nahen Weltraum feuern und die Abwehr Raketen können mit nuklearen und konventionellen Sprengköpfen bewaffnet werden. Deshalb wird es mobil gebaut und dann radtransportiert im ganzen Land eingesetzt, gegen Ziele bis in einer Höhe von 500–750 km und einer Distanz von 800 km. Mit beiden Systemen soll es Russland gelingen, den Weltraum in allen Richtungen zu kontrollieren und im Bedarfsfall auch gegen Satelliten in tiefer Umlaufbahn zu kämpfen.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider



SAMP/T

Long-Range Surface-To-Air System
For Swiss airspace protection

Mobility

Fast deployment
Standard Modules
compatible with road
and infrastructure
constraints



Interoperability

NATO integrated and
easy to integrate on
Swiss air defense
Operates in a dense
civilian airspace



Mission-proven

Protection of
sensitive areas
Operational
deployments



Simplicity

Suitable for militias
Reduced manpower



360° Protection

Rotating radar 1 turn/ second

